

Newsletter



Über meine Arbeit und alles, was damit zusammenhängt –
vom **Wahlkreis** bis ins **politische Berlin**

Ausgabe Nr. 2 – 10/26

Intro

Elif Eralp geht viral mit einer neuen Form von „Chuck-Norris-Witzen“. Mit Humor reagieren Menschen auf eine Kampagne gegen eine linke Bürgermeisterin in der Bundeshauptstadt. Markus Söder, der in Sachsen-Anhalt noch davor gewarnt hatte, angesichts des AfD-Wahlsiegs den Länderfinanzausgleich in Frage zu stellen, spuckt Gift und Galle. Und die „Bild“ haut ein Trommelfeuer an Hetzartikeln gegen uns raus. Was passiert ist? Mit einer klaren Strategie und Kommunikation mit Fokus auf bezahlbares Wohnen und Bezahlbarkeit des Lebens hat **Die Linke in Berlin die Wahl gewonnen**. Das Bemerkenswerte: Anders als bei den anderen Wahlen konnten wir am meisten Nichtwähler*innen und Menschen mit wenig Geld gewinnen. Dass Die Linke die Chance hat, in Berlin zu regieren und gleichzeitig noch das heilige Eigentum und den Profit der Immobilienkonzerne real gefährden könnte, das geht nun wirklich nicht.

Ihr haltet gerade meinen neuen Newsletter in den Händen, und wahrscheinlich seht Ihr das Ganze gerade mit so viel Erstaunen wie ich: Ja, wir können gewinnen. Aber das bedeutet dann auch, dass Himmel und Hölle uns ge-

genüber in Bewegung gesetzt wird. Dabei will ich gar nicht sagen, dass wir nicht auch Probleme bei uns in der Partei haben: Wir sind eine junge Partei, rasant gewachsen in den letzten Monaten, und wir haben Klärungsbedarf, programmatisch, da sind wir dran, aber auch, wie wir mit Konflikten umgehen. Wir brauchen den (konstruktiven) Streit miteinander und Bildungsarbeit. Aber eins sollten wir klar haben: Je stärker Die Linke, umso stärker die Angriffe gegen uns. Das werden wir vielleicht auch in Schleswig-Holstein erfahren. Wir haben auf dem Landesparteitag ein gutes Programm beschlossen und ein buntes Team zur Landtagswahl aufgestellt, mit unterschiedlichen Kompetenzen, die wir auch im Landtag gebrauchen können. Und die Chance einzuziehen, ist real. Auch Schleswig-Holstein hat eine linke Partei im Landtag verdient, gerade in diesen Zeiten, in denen die AfD erstarkt und CDU/CSU und SPD der Fasisierung unserer Gesellschaft mit einer Anti-sozialen Politik den Boden bereiten. In diesem Newsletter findet Ihr wieder ein Füllhorn an Themen. Es war wieder viel los, auch über die Sommerpause, etwa mit meiner Sommertour, u.a. zu Klima- und Energiethemen. Und

da freue ich mich, wenn Euch das eine oder andere interessiert. Noch mehr, wenn wir uns bei Euch vor Ort sehen und gemeinsam in den nächsten Wochen und Monaten kämpfen **für eine starke Linke bei uns im Norden.**

Neues aus dem Norden

Energie, Klimaanpassung und Ostsee: Sommertour in Schleswig-Holstein

Im Rahmen meiner Sommertour haben mein Team und ich uns mit verschiedenen Menschen und Organisationen getroffen, um über die dezentrale Energiewende sowie über Klimaanpassung und Klima- und Naturschutz in Kommunen zu sprechen. Mit Wissenschaftler*innen haben wir sowohl über den Schutz der Ostsee als auch über den Transformationsprozess einer bezahlbaren Energiewende in Schleswig-Holstein gesprochen.

Dezentrale Energiewende in Tütendorf

In Tütendorf bei Kiel ging es um die Chancen und Herausforderungen einer dezentralen Energiewende. Mit zwei Landwirten, die eigene Biogasanlagen betreiben und somit die Menschen aus



ihren Dörfern größtenteils mit autarker und marktunabhängiger Energie versor-

gen können, diskutierten wir über den Ausbau erneuerbarer Energien, Brückentechnologien und die aktuelle Energiepolitik der Bundesregierung. Dabei wurde deutlich, wie wichtig verlässliche politische Rahmenbedingungen für eine sozial gerechte und kommunal getragene Energiewende sind.

Klimaanpassung und Stadtentwicklung in Flensburg

Bei meinen Besuchen in Flensburg habe ich zusammen mit Genoss*innen vor Ort mit dem Naturschutzbeauftragten der Stadt darüber gesprochen, wie Klimaanpassung stärker in Stadtplanung und kommunale Entwicklung integriert werden kann. Begrünung, Flächenentsiegelung, der Umgang mit zunehmenden Hitzeperioden und der Schutz natürlicher Lebensräume sind dabei zentrale Herausforderungen.



Bei dem Besuch der beiden Klimaschutzbeauftragten und dem Dezenten für Bauen und Stadtentwicklung der Stadt Flensburg haben wir über Fragen der Klimaanpassung und des Klimaschutzes der Stadt diskutiert. Die Umsetzung geeigneter Maßnahmen scheitern oft nicht an fehlendem Willen, sondern einer ausreichenden Fi-

finanzierung, gerade im Bereich Klimaanpassung und Klimaschutz, denn diese sind keine kommunalen Pflichtaufgaben.

GEOMAR: Forschung für den Schutz der Ostsee

Ein besonderes Highlight der Sommer-tour war der Besuch des GEOMAR Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung am Kieler Ostufer. In Gesprächen mit Prof. Dr. Matthes und weiteren Wissenschaftler*innen informierten wir uns über den aktuellen Zustand der Ostsee und die Herausforderungen für ihren Schutz. Dabei ging es auch um die Bedeutung langfristiger und verlässlicher Forschungsförderung. Neben dem vor allem lokal genutzten Forschungsschiff Littorina konnten wir auch das Sedimentkern-Archiv besichtigen und einen Einblick in die wissenschaftliche Arbeit zur Erforschung der Meere gewinnen.



Energiewende in Bürger*innenhand am Beispiel Energiegemeinschaft Schlei

In Schleswig stand der Austausch mit der Energiegemeinschaft Schlei auf dem Programm. Diese hat sich auf den Weg gemacht, sich als Genossenschaft aufzustellen und damit eine langfristige Struktur für gemeinsame Energiepro-

jekte in der Region zu schaffen. Die Energiegemeinschaft will selbst Projekte entwickeln, finanzieren und betreiben und damit die regionale Energieversorgung aktiv mitgestalten. Ein erstes konkretes Vorhaben ist der geplante Solarpark an der A7 bei Schleswig-Süd, der mit einem Batteriespeicher verbunden werden soll.



Im Gespräch ging es auch darum, welche Schritte notwendig sind, um solche Projekte genossenschaftlich auf die Beine zu stellen: Menschen zusammenzubringen, Kapital vor Ort zu mobilisieren, geeignete Flächen zu finden und mit Kommunen und Stadtwerken zusammenzuarbeiten. Für mich zeigt das Beispiel der Energiegemeinschaft Schlei, dass Klimaschutz nicht nur eine Frage großer politischer Entscheidungen ist. Wenn Menschen vor Ort Verantwortung übernehmen und sich zusammenschließen, können sie selbst zu Akteur*innen der Energiewende werden und dafür sorgen, dass Wertschöpfung und Gestaltungsmöglichkeiten in der Region bleiben.

Am Beispiel Bürgerwindpark Dollerup

In Dollerup im Kreis Schleswig-Flensburg gab uns die Besichtigung eines Windparks Einblicke in die praktische Umsetzung der Energiewende vor Ort. Im Gespräch mit dem Gründer und

Initiator des Bürgerwindparks wurde deutlich, wie wichtig verlässliche politische Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der Windenergie sind. Vor Ort wurde auch die Sorge deutlich, dass ein politisches Rollback beim Ausbau der erneuerbaren Energien Investitionen und bereits aufgebaute Strukturen ausbremsen könnte. Gerade für die Akteurinnen und Akteure vor Ort geht es dabei um konkrete Fragen: Wie können bestehende Windenergieprojekte weiterentwickelt, neue Anlagen geplant und regionale Wertschöpfung gesichert werden? Und wie können Kommunen und Bürger*innen stärker von der Erzeugung erneuerbarer Energie profitieren?



Die Erfahrungen aus Dollerup zeigen, dass die Energiewende vor Ort längst praktische Realität ist, dafür braucht es aber politische Verlässlichkeit und einen klaren Kurs für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien. Was es nicht braucht, das wurde auch klar benannt, ist der Rollback den die Bundesregierung momentan fährt.

Besuch an der FH Westküste in Heide
An der FH Westküste in Heide ging es um die technischen Fragen der Energiewende. Mit den Wissenschaftler*innen des Instituts für die Transfor-

mation des Energiesystems haben wir uns angeschaut, was an der Westküste bereits möglich ist und wo es noch hakt. Wir sprachen über Wasserstoff und Biogas, über Wärmenetze und Erdspeicher. Auch Klärschlamm als Energieressource war Thema. Es ging also um unterschiedliche Möglichkeiten, Energie zu erzeugen, zu speichern und vor Ort zu nutzen. Beim Strom ging es um Energy Sharing, Netze und Speicher. Dazu kamen Fragen nach Industriestrompreisen und Strompreiszonen. Gerade an der Westküste wird viel erneuerbare Energie erzeugt.



Entscheidend ist deshalb, wie wir diese Energie dorthin bekommen, wo sie gebraucht wird. Der Austausch hat gezeigt: Die Energiewende ist längst nicht mehr nur eine Frage von Windrädern und Solaranlagen. Wärme, Strom, Speicher und Netze müssen zusammengedacht werden. Dafür brauchen wir den weiteren Ausbau der Infrastruktur und verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Sommerfest der Linken in Flensburg
Beim Sommerfest der Linken in Flensburg im Piratennest habe ich gemeinsam mit unseren Genoss*innen und MdB Tamara Mazzi einen schönen

Abend verbracht. Bei leckerem Essen, kühlen Getränken und guten Gesprächen war vor allem eines zu spüren, dass unsere politische Arbeit von den Menschen, die sich vor Ort einbringen, diskutieren und gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft kämpfen, lebt! Vielen Dank an alle, die dabei waren und diesen schönen Abend möglich gemacht haben. Solche gemeinsamen Momente sind wichtig, gerade weil politische Arbeit manchmal anstrengend ist. Umso schöner, wenn wir auch einfach mal zusammenkommen, lachen und den Abend genießen können.

Erinnerung wachhalten – Führung am Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“

Im Rahmen unserer Gedenkstätten-tour haben wir gemeinsam mit Genoss*innen den Gedenkort des ehemaligen „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ besucht. Allein hier wurden zwischen Sommer 1944 und Mai 1945 mindestens 5.000 Menschen eingesperrt und 578 von ihnen ermordet. Der Besuch hat uns erneut die furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus vor Augen geführt. Allein in Kiel gab es mehr als 100 Lager, in denen zwischen 20.000 und 30.000 Zwangsarbeiter*innen inhaftiert, gefoltert und ausgebeutet wurden. Die meisten der Täter wurden – wie so oft – nie zur Verantwortung gezogen. Erinnerung muss bedeuten, Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen und menschenfeindlichen Ideologien entschieden entgegenzutreten.

Ein großer Dank geht an den Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS e. V.) und ganz besonders an Eckhard für die eindringliche und informative Führung. Wenn du an unserer Gedenk-

stätten-tour teilnehmen möchtest, melde dich gerne unter lorenz.beutin.ma03@bundestag.de, um auf dem Laufenden zu bleiben!



30 Jahre nach dem Brandanschlag: Gedenken in der Lübecker Hafenstraße

Gemeinsam mit Bodo Ramelow und dem Lübecker Bürgermeister Jan Lindenau war ich in der Hafenstraße, um an die Opfer des Brandanschlags von 1996 zu erinnern. In der Nacht zum 18. Januar 1996 brannte dort eine Unterkunft für Asylsuchende. Zehn Menschen, darunter sieben Kinder und Jugendliche, verloren ihr Leben, 38 weitere Menschen wurden verletzt. Besonders wichtig war für mich, dass Bodo Ramelow erstmals im Namen des Deutschen Bundestages einen Kranz am Gedenkstein niedergelegt hat. Damit wurde auch auf Bundesebene ein Zeichen gesetzt, denn die Opfer und ihre Angehörigen dürfen nicht vergessen werden. 30 Jahre später bleiben viele Fragen offen. Es braucht endlich eine juristische Neubewertung und Aufarbeitung. Umso wichtiger ist es, die Erinnerung wachzuhalten und den Überlebenden zuzuhören. Für mich ist Gedenken deshalb auch immer eine politische Aufgabe. Wir müssen uns klar gegen Rassismus und rechte Gewalt stellen und dafür sorgen, dass Men-

schen unabhängig von ihrer Herkunft sicher leben können. Die Erinnerung an die Opfer von Lübeck verpflichtet uns, heute Verantwortung zu übernehmen und nicht wegzuschauen, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aufenthaltsstatus angefeindet und bedroht werden.



Besuch beim Landesverband Deutscher Sinti und Roma mit Bodo Ramelow

Gemeinsam mit Bodo Ramelow war ich zu Gast beim Landesverband Deutscher Sinti und Roma in Kiel. Ich habe den Besuch als einen sehr offenen und wichtigen Austausch erlebt.



Wir haben über die Lebensrealitäten von Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, über bestehende Diskriminierung und die Arbeit des Landesverbandes gesprochen. Besonders beeindruckt hat mich das Engagement, mit dem hier für Anerkennung, Teilhabe und gegen Antiziganismus gearbeitet wird.

Keine Waldrodung für Elbe-Lübeck-Link und Hinterlandanbindung

Im Lübecker Raum steht der Wald unter Druck. Im Südwesten der Stadt will TenneT mit einer 380-kV-Höchstspannungs-Freileitung, dem sogenannten Elbe-Lübeck-Link, quer durch das „Bartelsholz“, im Norden will die Bahn für den Bau der Hinterlandanbindung zur Fehmarnbeltquerung bei Bad Schwartau das „Kuhholz“ platt machen. Dabei könnte man die Wälder verschonen: TenneT könnte seine Leitung einfach in einem Bogen um den Wald herumführen, und für die Bahn bietet sich bei Bad Schwartau ebenfalls eine Alternative an: Eine Trasse parallel zur Autobahn. In beiden Fällen ist der Apfel noch nicht geschält. BUND und Bürgerinitiativen machen Druck vor Ort und organisieren Proteste. So habe ich Ende August bei einer ihrer Demos in Lübeck gesprochen und stehe mit den Menschen in Kontakt. Aktuell prüfen wir, wie wir sie zusätzlich auch mit parlamentarischen Initiativen unterstützen können.

Neues aus Berlin

Parlamentarische Initiativen

Kein Ausverkauf unserer Energieinfrastruktur! Antrag gegen Privatisierung

Während die Füllstände der deutschen Gasspeicher auf einem historisch niedrigen Niveau liegen und der Winter vor der Tür steht, treibt die Bundesregierung die Reprivatisierung von Uniper und SEFE zügig voran. Statt aus den Verstaatlichungen der Energiekrise zu lernen, droht nun der Verkauf kritischer Netze und Speicher an private Spekulanten und ausländische Investoren.

Das ist unverantwortlich: Die EU-Vorgaben erlauben es ausdrücklich,

Netze und Speicher dauerhaft in staatlicher Hand zu halten. In unserem neuen Antrag fordern wir deshalb: Reprivatisierung stoppen: Uniper und SEFE müssen gemeinwohlorientiert umgestaltet werden. Kritische Infrastruktur schützen: Gasspeicher und Netze dürfen nicht für private Renditen geopfert werden. Wintervorsorge treffen: Der Staat muss jetzt handeln und freie Speicherkapazitäten nutzen, um bezahlbare Energiepreise zu sichern.

Und mehr

Ist CCS für Die Linke eine Lösung für die Klimakrise?

Auf dem Landesparteitag gab es bei der Erstellung unseres Wahlprogramms eine Kontroverse um CCS (Carbon Capture and Storage), also das technische Verfahren, CO₂ aus der Luft zu entfernen und unterirdisch einzulagern. Während Antragsteller*innen dafür argumentierten, anders seien die Klimaziele nicht zu erreichen, habe ich sowohl auf die Position von Partei und Fraktion verwiesen, aber auch darauf, dass es gerade zur Ausrede wird, keinen Klimaschutz zu machen. Doch worum geht es konkret? In den Berichten des Weltklimarats (IPCC) spielt in den letzten Jahren CCS eine immer größere Rolle. Der Großteil der unterschiedlichen Szenarien, die Erderhitzung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen (1,5 Grad ist Geschichte), sieht CCS als zentrale Methode, CO₂ zu reduzieren. Das hat auch damit zu tun, dass seit dem Abschluss des Pariser Klimaabkommens weltweit real zu wenig Klimaschutz gemacht wurde und die Zeit drängt. Die Szenarien, die ohne CCS auskommen, haben als Voraussetzung eine starke Reduktion von Ressourcen und Energie.

Zwei Argumente pro CCS: Zum einen gibt es etwa 5 Prozent „unvermeidbare“ Restemissionen, etwa bei der Zementherstellung. Allerdings ist die Frage, was davon nun tatsächlich unvermeidbar ist, im Fluss. Technik entwickelt sich weiter, und gerade Die Linke setzt ja auf Kreislaufwirtschaft und Recycling (beides spielt auch bei der Vermeidung von Emissionen beim Bauen eine große Rolle!).

Zum anderen wird argumentiert, es sei ja nicht realistisch, dass Ressourcenverbrauch reduziert werde oder gar die ökologische Transformation so schnell verlaufe, wie erforderlich. Diese Argumentation halte ich für gefährlich. Wir erleben gerade ein massives Rollback beim Klimaschutz, allen voran Wirtschaftsministerin Reiche. Dieser Trend lässt sich auch global feststellen, Banken und Unternehmen schichten ihre Portfolios um, Energiekonzerne investieren wieder vermehrt in Öl und Gas. Der globale Süden und die Lebensgrundlagen der Menschheit bleiben auf der Strecke.

In dieser Situation ist CCS eine gute Ausrede, um Klimaschutz auf die lange Bank zu schieben. Wir hauen erstmal raus, irgendwann in der Zukunft fangen wir den ganzen Dreck dann wieder ein. Da geht es dann nicht mehr nur um „unvermeidbare Restemissionen“, da geht es dann plötzlich um Öl und Gas in großem Maßstab. Dass sich die vorige Bundesregierung auf EU-Ebene damit durchgesetzt hat, dass „blauer Wasserstoff“, also Wasserstoff, der mit Gas erzeugt wird, bei dem aber CO₂ mit CCS aufgefangen wird, als nachhaltig gilt, ist kein Zufall. In den aktuellen Planungen wird quasi überall, bei Heizen und Industrie besonders, mit Wasserstoff geplant – der aber „grün“ überhaupt noch

nicht verfügbar ist. Da steht die fossile Lobby sicher gerne bereit, die Lücke zu schließen.

Da wären wir wieder beim IPCC: Öffentlich wird er immer als neutrale Institution gesehen. Und klar, wir Linke tun gut daran, Angriffe auf den Weltklimarat von rechts zurückzuweisen. Aber etwas Realismus muss denn auch sein: Der IPCC macht keine eigene Forschung, sondern fasst Sachstände zusammen, entwickelt Szenarien (von denen in der Vergangenheit viele von der Realität überholt wurden). Und der Bericht, der dann an die politischen Entscheidungsträger geht, wird im Konsens aller Staaten verabschiedet, das bedeutet, er ist globalen Interessenaushandlungen unterworfen. Dass ein Teil der Wissenschaftler*innen nun laut neuerer Recherchen beschäftigt ist in der Öl- und Gasindustrie, gerade bei Konzernen, die massiv Lobbyarbeit für CCS machen, sollte uns als Linke doch skeptisch stimmen.

In der Fraktion haben wir eine dezidierte Stellungnahme zur CO₂-Entnahme verfasst und verabschiedet. Hier wird ganz klar: Wir wollen, dass getan wird, was notwendig ist: 1. Massiver Ausbau der Erneuerbaren und Ausstieg aus allen Fossilen. 2. Priorität muss natürliche CO₂-Speicherung haben. 3. Wir müssen weniger Ressourcen und Energie verbrauchen, das bedeutet: Kreislaufwirtschaft, Recycling und ein Fokus auf Effizienz. Ja, das ist ein dickes Brett, aber wer wenn nicht wir soll dafür einstehen und das Notwendige und Mögliche in diesen Zeiten vertreten?!

Dazu wichtige Links:

[Positionspapier der Fraktion](#)

[Recherche zu IPCC und Lobby](#)

Rückblick: Veranstaltung mit Moshe Zimmermann

Wie im letzten Newsletter angekündigt, haben wir uns parteiintern Anfang September mit Moshe Zimmermann, israelischer Historiker und Antisemitismusforscher, getroffen. Wir haben etwa zwei Stunden enorm bereichernd über das große Thema Antisemitismus gesprochen. Klar geworden ist, dass es noch viel zu lernen und vor allem zu verbessern gibt. Vielen Dank an alle, die teilgenommen und für eine störungsfreie, respektvolle Durchführung gesorgt haben. Besonderer Dank gilt Moshe Zimmermann. Ich hoffe, dass wir bald alle erneut ins Gespräch kommen können.

Newsletter druckfrisch?

Du möchtest künftig keine Ausgabe meiner Newsletter verpassen? Dann abonniere meinen Newsletter auf meiner Website www.lorenz-goesta-beutin.de. So landen Neuigkeiten, Hintergründe und die druckfrischen Newsletterausgaben ganz bequem direkt auf deinem Handy oder Rechner.

Fragen, Anmerkungen, Ideen und Hinweise nehme ich gerne hier entgegen:

lorenz.beutin.wk@bundestag.de